

Begrüßungsrede



dbb
beamtenbund
und tarifunion
bundesfrauen-
vertretung

**Helene Wildfeuer,
Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung**

12. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung

**Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?
Chancen erkennen, Risiken beachten!**

12. April 2016, dbb forum berlin

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Morgenstern,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Gäste,

ich heiße Sie herzlich willkommen zur 12. Frauenpolitischen Fachtagung in Berlin.

Lieber Herr Bundesvorsitzender,
ich freue mich sehr, dass Du heute erneut unser Gast sein kannst und uns die Ehre
erweist, zu uns zu sprechen. Herzlichen Dank dafür im Voraus.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Digitalisierung verändert unser gesamtes Leben:
Wir kaufen online ein, wir planen unsere Arzttermine über eine App, selbst die
Kinderbetreuung koordinieren wir übers Smartphone.

Freunde treffen wir auf Facebook, unsere täglichen Infos finden wir bei Twitter und
Inspiration fürs Abendessen finden wir bei Instagram und im Youtube-Koch-Tutorial.

Mehr als zwei Drittel der Haushalte verfügten 2015 laut Statistischem Bundesamt
über einen Laptop. Beinahe flächendeckend sind die Deutschen mit Handys und
Smartphones ausgerüstet und dementsprechend hoch ist auch die Anzahl der
Internetzugänge: 83 Prozent der Haushalte sind ans digitale Netz per Kabel
angeschlossen, über mobile Internetzugänge verfügen mehr als 40 Prozent.

Aber nicht nur privat sind wir total digital!
Bei der Arbeit nutzen bereits 54 Prozent der Beschäftigten in Deutschland einen
Computer. Längst hat auch im öffentlichen Dienst die E-Mail dem Brief den Rang
abgelaufen. Wir speichern unsere Arbeitsnotizen in der E-Akte ab und erledigen
Aufgaben mit dem Laptop in der Bahn oder von zu Hause aus.

Aber nicht nur unsere Kommunikation, unsere Informationsbeschaffung und unsere
Arbeitsweise verändern sich. Auch gesellschaftliche Ansprüche und Werte sind im
Wandel begriffen.

Ein Blick in die Shell Jugendstudie 2015 zeigt:

Die junge Generation, die sogenannte Generation Y, will berufliche Karrieren, die Raum für familiäre Wünsche bieten. Über 90 Prozent der Jugendlichen zwischen zwölf und 25 Jahren würden ein erfülltes Familienleben einem karriereorientierten Leben vorziehen.

Vor allem junge Frauen streben nach einer sinnstiftenden beruflichen Aufgabe, bei der die persönliche und private Entfaltung nicht zu kurz kommt. Sie wollen, dass sich die Erwerbstätigkeit an ihr persönliches Leben anpasst.

Diesen Anspruch junger Frauen an ihre Lebensgestaltung – im Sinne einer Balance aus Arbeiten und Wirken, Familie und Freizeit – müssen auch die öffentlichen Arbeitgeber bei der Gestaltung der Arbeitsplätze der Zukunft stärker berücksichtigen. Nur so können sie die hart umworbene Nachwuchskräfte auch für sich gewinnen.

Nur so viel vorweg.

Mehr zur Generation Y und den Lebensentwürfen junger Frauen erfahren wir später von Professor Dr. Hurrelmann, einem der Autoren der Studie selbst. Herzlich Willkommen und herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Im Grünbuch <Arbeiten 4.0> beschreibt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ihre Vision von der Zukunft der Arbeit wie folgt:

„Wir möchten uns um die Menschen, die wir lieben kümmern, erst recht dann, wenn sie uns brauchen. Wir möchten ein Privatleben, das diesen Namen verdient, und gute Arbeit, die zu unserer Lebenssituation passt. Sie soll uns die Freiheit und Souveränität lassen, unser Leben zu führen und zugleich das notwendige Maß an Sicherheit verschaffen.“

Nahles formuliert ein klares Ziel:

Sie möchte einen neuen sozialen Kompromiss entwickeln, der Arbeitgeberinnen und -gebern wie Arbeitnehmerinnen und -nehmern nützt. Dies will sie gemeinsam mit den Sozialpartnern tun.

Diesen Auftrag haben wir dbb Frauen ebenso wie die Verdi-Frauen angenommen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich Dr. Hella Baumeister vom Verdi-Büro „Arbeit und Frauen“ sowie Ricarda Scholz aus dem DGB Bundesvorstand begrüßen. Ich freue mich sehr über Ihr Interesse und Ihre Anwesenheit.

Auch der dbb war aufgefordert, zum Grünbuch der Ministerin Stellung zu nehmen. Das haben wir getan und sind heute hier dabei, das Thema im Rahmen der frauenpolitischen Fachtagung 2016 der dbb bundesfrauenvertretung zu beleuchten – weil es insbesondere auch um die Frauen geht!

Zu Recht wird in der Debatte um den digitalen Wandel der Arbeitswelt die Frage nach der Qualität der Arbeit gestellt: Wie kann gute Arbeit für Frauen und Männer aussehen, wenn zunehmend intelligenter werdende Maschinen die bisher von Menschen ausgeführten Tätigkeiten übernehmen, wenn komplexe Arbeitsabläufe von Computern berechnet und automatisiert werden können.

Wo bleibt da der Mensch?

Die Debatte kreist derzeit vor allem um die Umbrüche in Wirtschaft und Industrie.

Laut Monitoring-Report Digitale Wirtschaft 2014 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie taucht der öffentliche Dienst gar nicht als „wirtschaftlich relevante“ Branche auf. Deshalb können wir an dieser Stelle nur über den tatsächlichen Digitalisierungsgrad der Verwaltungen spekulieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich hoffe sehr, dass wir diesen Spekulationen mit der heutigen Tagung mehr Substanz verleihen werden.

Im Moment gehen wir davon aus, dass die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes noch ziemlich am Anfang steht. Perspektivisch wird sich hier also einiges tun in den kommenden Jahren. Dafür wollen wir, dafür sollten wir gewappnet sein!

Der digitale Wandel der Arbeitswelt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diejenigen, die für einen funktionsfähigen Staat und das Gemeinwesen sorgen, müssen in die Debatte einbezogen werden. In diesem Bereich arbeiten vor allem Frauen.

Sie stellen sich – ebenfalls zu Recht – die Frage:
Was wird aus mir und meiner Arbeit in den nächsten zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren?
Sind sie Gewinnerinnen oder Verliererinnen dieser Entwicklung?

Die betroffenen Akteure aus Wirtschaft, Industrie, Politik und aus dem öffentlichen Dienst müssen sich dieser Herausforderung gleichermaßen stellen. Deshalb lenken wir als dbb bundesfrauenvertretung heute den Fokus auf genau diese bisher in der Debatte zur „Arbeit 4.0“ vernachlässigte Gruppe: die Frauen im öffentlichen Dienst.

An dieser Stelle ein herzliches „Grüß Gott“ an Sie, Frau Dr. Marrs! Ich bin gespannt auf Ihre Ausführungen zu den Entwicklungs-Chancen von Frauen in einer digitalen Arbeitswelt.

Verehrte Damen und Herren,
der Untertitel unserer Tagung lautet „Chancen erkennen, Risiken benennen.“

Ein weiteres Fundstück aus dem Grünbuch <Arbeiten 4.0> zeigt uns ein wichtiges Aufgabenfeld auf: Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles bezeichnet den digitalen Wandel „als Chance für Frauen“. Ihre Argumente haben uns hellhörig gemacht: Mobiles Arbeiten soll es uns Frauen mit Familienpflichten ermöglichen, die Arbeit besser an die Lebensumstände anzupassen.

Ein Satz, bei dem ich sofort den Reflex verspüre, in die Hände zu klatschen:
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – mit der Digitalisierung gar kein Problem mehr!

Doch halt – die Ernüchterung folgt auf den Fuß.

Denn in der fast schon euphorischen Zukunftsmusik schwingt ein dunkler Unterton mit: die Gefahr der Selbstausbeutung! Denn: Nicht alles was technisch möglich ist, ist auch gut für die Beschäftigten!

Absolute Flexibilität von Arbeit ist mit Risiken verbunden und zwar hauptsächlich für diejenigen, die flexibel und mobil arbeiten.

Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, darf nicht dazu führen, dass sich Beschäftigte verpflichtet fühlen, rund um die Uhr zur Verfügung stehen zu müssen.

Damit die Verheißung also nicht zur Belastungsprobe gerät, muss der Selbstausbeutung ein Riegel vorgeschoben werden. Nur so können wir die Qualität der Arbeit und die Gesundheit der Beschäftigten langfristig garantieren. Digitalisierung darf kein Vorwand sein, Normalarbeitsverhältnisse zurück zu drängen.

Dazu müssen klare Regelungen gefunden werden, die es den Beschäftigten offenhalten, ob sie die Möglichkeiten von Telearbeit und mobilen Arbeitsplätzen tatsächlich nutzen wollen und in welchem Umfang.

Aber auch der direkte Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen, im Team und mit den Vorgesetzten darf bei der Arbeit nicht zu kurz kommen. Schließlich erfüllt dieser auch eine soziale Funktion. Diese müssen wir in der Debatte um selbstbestimmtes Arbeiten ebenfalls berücksichtigen.

Nicht aus den Augen verlieren dürfen wir jene Beschäftigtengruppen, die von mobilem und flexiblem Arbeiten kaum oder gar nicht profitieren: Ich spreche von Beschäftigten etwa im Gesundheitswesen und bei der Polizei, Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie Erzieherinnen und Erzieher.

Hinsichtlich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes muss schnell gehandelt werden:

Längst hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) in einer Untersuchung aus dem Jahr 2014 zum „Kenntnisstand von Unternehmern und Beschäftigten auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)“ erhebliche Defizite hinsichtlich der Kenntnisse der Rechtsnormen in diesem Bereich offengelegt. Auch berichtet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin regelmäßig über gravierende Defizite bei der Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilung.

Ich freue mich sehr, dass Sie, Herr Niehaus, uns heute Nachmittag mehr dazu sagen werden. Ein herzlicher Willkommensgruß auch von mir an Sie!

Viele Unternehmen führen nach wie vor keine beziehungsweise nur eine unvollständige Gefährdungsbeurteilung durch.

Eine Frage, die sich uns hier aufdrängt: Wie steht es hier um den öffentlichen Dienst?

Im Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen die geltenden Grundwerte in den Unternehmen und eben auch in den Dienststellen wirksam verankert werden. Das ist die Basis! Auch hier müssen Gefährdungsbeurteilungen stattfinden.

Aufbauend darauf müssen diese Grundwerte – mit den notwendigen Anpassungen, im Kern aber ohne Einschränkungen – in die Welt von Arbeiten 4.0 übertragen werden können.

Richtwerte dafür sind die Bedürfnisse der Beschäftigten. Sie sind damit auch jene Expertinnen und Experten, die am besten wissen, was gut oder eben nicht gut für ihre Arbeit und ihre Gesundheit ist. Sie müssen mit ins Boot geholt werden! Sie müssen einbezogen werden, genauso wie die Beschäftigtenvertretungen.

Neben den gesundheitlichen Risiken birgt mobiles Arbeiten noch eine weitere Gefahr, eine, die wir bereits aus langer Erfahrung kennen: Wer niedrige Präsenzzeiten im Büro aufweist, wird seltener bei Beförderungen berücksichtigt. Diese Tendenz droht mit steigender Entgrenzung der Arbeit weiter zu steigen.

Das Dilemma ist vorprogrammiert:

Von der Bundesregierung werden Telearbeit, Elten-, Pflege- und Teilzeit zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark beworben und von Müttern dankbar angenommen. Dass ihnen daraus ein Nachteil fürs berufliche Fortkommen entsteht, darf nicht im Sinne der Dienstherrn sein.

Umso mehr müssen wir darauf achten, dass ein Mehr an Mobilität und Flexibilität Frauen in ihrer Karriereentwicklung nicht noch stärker zurückwirft.

Gesetzgeber, Tarifpartner, Betriebs- und Personalräte sind gleichermaßen gefragt, sich aktiv für einen gesunden und geschlechtergerechten digitalen Wandel einzusetzen. Die Beschäftigten und deren Vertretungen müssen von Anfang an in die Weiterentwicklung der Arbeitsprozesse einbezogen werden.

Die bestehenden gesetzlichen Mitbestimmungsrechte müssen an die Erfordernisse einer zunehmend digitalisierten und entgrenzten Arbeitswelt angepasst werden.

Denn je dezentraler die Beschäftigten arbeiten, desto wichtiger wird die Bündelung ihrer Interessen. Dafür bedarf es einer Stärkung der Beteiligung an der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen durch partnerschaftliche Mitbestimmung und mehr Tarifautonomie. Die gesetzlich verordnete Zwangstarifeinheit ist aus unserer Sicht auch hier nur hinderlich.

Sehr verehrte Damen und Herren,
wenn wir über die Digitalisierung sprechen, müssen wir uns auch mit dem demografischen Wandel auseinandersetzen.

Neue Technologien, die die Arbeit vermeintlich erleichtern, können für ältere Beschäftigte zur Feuerprobe werden: Wer nicht mehr mitkommt, wird schnell von den jüngeren Kolleginnen und Kollegen abgehängt.

Aufschlussreiche Erkenntnisse über das Verhältnis der Bürgerschaft zum Internet und zu digitalen Technologien liefert der Digital Index der Initiative D21.

Ich freue mich, dass wir heute Nachmittag Lena-Sophie Müller, die Geschäftsführerin der Initiative D21 begrüßen dürfen und mehr über die Ergebnisse der Studie erfahren werden.

Ein Detail möchte ich jetzt schon herausstellen:
Dem Index zufolge sind vor allem ältere Frauen skeptisch gegenüber dem Internet.

Im Widerspruch dazu steht ein anderes Ergebnis der Studie: Die Generation 65+ spricht sich so vehement wie keine andere Altersgruppe für digitale Medien als ein grundlegender Bestandteil aller Schulfächer aus. Wir sehen, dass die lebenserfahrenere Bevölkerung sehr wohl sensibilisiert ist, wie wichtig der digitale Wandel für die Gesellschaft ist.

Umso dringender müssen wir diese Beschäftigtengruppe an die neuen Technologien heranführen. Passgenaue Weiterbildungen und gezielte Schulungen müssen die Beschäftigten dort abholen, wo sie mit ihrem digitalen Knowhow gerade stehen. Es wäre fatal für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes, gerade die erfahrenen Beschäftigten und deren Wissen durch den digitalen Wandel zu früh zu verlieren.

Bleibt noch die Frage nach der Sicherheit der Arbeitsplätze:

Das Weltwirtschaftsforum prognostiziert:
Vor allem Arbeitsplätze von Frauen werden im Zuge der Digitalisierung wegfallen. Insbesondere solche mit administrativer und verwalterischer Tätigkeit. Eine Prognose, die sich auf die Weltwirtschaft bezieht. Die Frage, die sich für uns davon ableiten lässt: Wie sicher sind die Arbeitsplätze in den öffentlichen Verwaltungen?
Auf diese Frage haben wir heute keine Antwort.

Fest steht: Aufhalten lässt sich die Digitalisierung nicht! Und unsere Arbeitswelt, auch die öffentliche, wird sich verändern.

Was können wir also tun?

Wir können den digitalen Wandel im öffentlichen Dienst im Sinne der dort Beschäftigten Männer und Frauen gemeinsam gestalten.

Sehr geehrte Frau Morgenstern,
dieser Appell gilt insbesondere auch Ihnen und Ihren Kolleginnen, Kollegen und Vorgesetzten im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eine familienfreundliche Arbeitswelt zu gestalten ist harte Arbeit, das wissen Sie wohl noch besser als ich. Ich möchte an dieser Stelle meine Forderung vom internationalen Frauentag erneuern und sie als Angebot formulieren:

Das Internet und die digitalen Kommunikationsmittel machen uns zusehends unabhängiger von Arbeitszeit und Arbeitsort. Familienpflichten und Arbeitsaufgaben lassen sich damit besser in Einklang bringen. Vor allem Frauen bieten sich dadurch ganz neue Möglichkeiten, erfolgreich im Job zu sein – eben auch mit familiärer Verpflichtung. Als diese Chance müssen wir die Digitalisierung begreifen und gleichstellungsorientiert ausgestalten – Seite an Seite mit den Beschäftigten, der Politik und den öffentlichen Arbeitgebern.

Was benötigen wir dazu?

Eine zeitgemäße und geschlechtersensible Arbeitsschutzpolitik, ein vertrauensvolles Personalmanagement, eine starke Beschäftigtenvertretung und den Willen der politischen Entscheiderinnen und Entscheider, im Sinne der Beschäftigten zu handeln.

Ich bin mir sicher, dass wir das gemeinsam schaffen können.

Als positives Zeichen hierzu werte ich die von Ministerin Manuela Schwesig ins Leben gerufenen Dialogforen zur Verbesserung der Einkommensperspektiven von Frauen zwischen Politik und Sozialpartnern. Die dbb bundesfrauenvertretung will hier eine engagierte Partnerin sein. Gemeinsam können wir dieses Format nutzen, um maßgeschneiderte Lösungen auch für den öffentlichen Dienst zu entwerfen.

Wie formulierte Marie von Ebner-Eschenbach so treffend:
„Für das Können gibt es nur einen Beweis: das Tun.“

Sehr geehrte Frau Morgenstern, es liegt mit in Ihrer Hand! Auf unsere Unterstützung können Sie voll und ganz zählen!

Sehr geehrte Damen und Herren,
noch im Frühsommer letzten Jahres hatte Bundesministerin Manuela Schwesig mir ihr Grußwort für diese Tagung zugesagt. Aber manchmal kommt es anders als man plant. Wie Sie alle wissen, ist sie vor einigen Wochen, am Weltfrauentag, Mutter einer Tochter geworden. Derzeit befindet sie sich noch im Mutterschutz. Umso mehr freue ich mich, dass Sie, sehr geehrte Frau Morgenstern, heute in Vertretung der Bundesministerin ein Grußwort an unsere Gäste richten werden. Ich freue mich, dass Sie da sind und möchte Ihnen bereits jetzt schon für Ihr Grußwort danken.

Bitte bestellen Sie Frau Schwesig meine herzlichen Glückwünsche und alles Gute für Ihre Familie!

Jetzt freue ich mich auf Ihr Grußwort und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche frauenpolitische Fachtagung 2016!